

## 16. Januar. Deputiertenkammer: Erklärung des Ministeriums.

„Unter schwierigen Verhältnissen zur Ausübung der Staatsgewalt berufen, sind wir doch voll Vertrauen auf den Erfolg unserer Bemühungen, wenn Sie uns mit Ihrer Einsicht helfen und uns durch Ihre Zustimmung unterstützen wollen. Die Zusammensetzung unseres Kabinetts deutet Ihnen die Richtschnur unseres Handelns an. In der durch die letzten Wahlen geschaffenen Lage würde keine Regierung ohne Unterstützung aller Bruchtheile der republikanischen Mehrheit Dauer haben. (Beifall.) Die Politik der Versöhnung zwischen den verschiedenen Bruchtheilen, in der jeder vom andern gewisse Zugeständnisse in betreff der von andern gemachten Zugeständnisse verlangt, ist daher unvermeidlich. Von hier aus muß sich ein gemessenes, kluges aber stetiges Vorschreiten zu den von der Demokratie verlangten Verbesserungen ergeben. Es empfiehlt sich, dieselben schrittweise mit Methode in Angriff zu nehmen, ohne alles auf einmal bei denen, welche zu umfassende Programme beunruhigen und abstoßen, zur Annahme zu bringen. Die Aufgabe von 1886 ist, wie es scheint, sehr einfach darzulegen. Zuerst haben wir Ordnung und Zucht in der Verwaltung herzustellen. Unter den freisinnigen Ansichten, welche die Ehre der Republik sind, und der Unabhängigkeit, die sie dem Bürger zuzusichern sucht, sind manche Beamte durch eine seltsame Verirrung dahin gelangt, sich als frei von jeder Verpflichtung gegen den Staat außer der Erfüllung der geschäftlichen Pflicht zu betrachten. Sie dienen nicht allein nicht zur Unterstützung der Staatseinrichtungen, sondern sie glauben sich erlauben zu können, dieselben offen zu bekämpfen. Es ist Zeit, daß ein so anarchisches Schauspiel aufhört. Niemand darf fortan uneingedenk sein, daß die Freiheit der Opposition für Staatsdiener nicht besteht. Diese sind der Republik mindestens eine würdige, gesetzmäßige, ehrfurchtsvolle Haltung schuldig. Wir sind entschlossen, ebenso Ergebenheit und Treue zu verlangen und zu diesem Zwecke die nötigen Exempel zu veranlassen. Die Einmischung der Geistlichkeit in die politischen Kämpfe und neuerdings in die Wahlen ist für alle einsichtigen Beurtheiler Gegenstand ernster Bedenken. Jedermann hat begriffen, daß ein solcher Zustand nicht fortgesetzt werden kann, aber das schwierige Problem der Trennung der Kirche vom Staate würde sich alsbald unüberstehlich aufzwingen. Es ist das, offen gestanden, eine der Fragen, welche die Politik allein zu durchhauen ungeschickt ist, denn ihre Wurzeln gehen bis in die innersten Tiefen des Bewußtseins des Bürgers. Ehe der Gesetzgeber souverän entscheidet, ist es nötig, daß die freie Meinungsäußerung und feierliche Verhandlungen der Kammern die Köpfe erleuchten und daß im Lande Lösungen vorbereitet seien, welche den Grundfäden des modernen Geistes gemäß sind. Vor der Hand muß die Geistlichkeit bei Strafe, einen jähen Bruch hervorzurufen, sich auf die Rolle beschränken, die derselben ihr Mandat und die Natur der Dinge vorzeichnen. Die Regierung wird mit fester Hand darauf halten, daß die Forderungen der bürgerlichen Rechte gewissenhaft geachtet werden; sie wünscht Beschwichtigung, aber sie wird nicht anstehen, die Wucht ihrer Autorität denen fühlbar zu machen, welche versuchen sollten, dieselbe zu mißachten. Der zweite Teil unserer Aufgabe ist die Herstellung des Gleichgewichts im Budget. Seit mehreren Jahren haben unter dem Einflusse verschiedener Ursachen, von denen einige vollständig außer der Thätigkeit der Regierung liegen, die Ausgaben die regelmäßigen Hilfsquellen überstiegen. Diese fortwährenden Fehlbeträge und Anleihen verdienen, obwohl sie der Solidität unseres Credits keinen Abbruch thun, doch die volle Aufmerksamkeit der öffentlichen Staatsgewalten. Das Land hat deutlich kund gethan, daß es Finanzen haben will, die vor jeder Kritik sicher